

Initiative für angemessene Managergehälter.



Das **soziale**
Deutschland.

Die Entwicklung der Managergehälter hat sich in den vergangenen Jahren in dramatischer Weise von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt. So stiegen die Einkommen der DAX-Vorstände vom 14-fachen des jeweiligen durchschnittlichen Belegschaftsgehalts auf das 44-fache. Diese Entwicklung setzt sich auch aktuell weiter fort.

Die Leistung oder Verantwortung von Top-Managern kann allein kaum glaubhaft als Begründung für einen derartig atemberaubenden Vergütungsanstieg ins Feld geführt werden. Dies gilt vor allem auch für die Fälle, in denen Top-Manager wegen Erfolglosigkeit ihren Platz räumen mussten, dennoch aber Abfindungen in Millionen-Höhe kassierten.

Eine zentrale Ursache dieser Entwicklung ist die extreme Ausweitung variabler, an die Gewinn- bzw. Börsenkursentwicklung der Unternehmen gekoppelter Vergütungsbestandteile für das Top-Management. Diese Form der Vergütung führt dazu, dass Vorstände ihre wirtschaftlichen Entscheidungen immer mehr am kurzfristig ausgerichteten Interesse von Anteilseignern und an der Steigerung des Börsenwertes der Unternehmen („shareholder value“) ausrichten. Das Interesse der Belegschaften an sicheren Arbeitsplätzen und das der Kommunen an der Standorttreue von Unternehmen gerät dadurch systematisch in den Hintergrund.

Die Abkopplung der Managergehälter von der allgemeinen Einkommensentwicklung belastet zunehmend die Akzeptanz unseres Wirtschaftssystems, zumal parallel dazu die Reallöhne der Normalverdiener gesunken sind. Diese Entwicklung können und dürfen wir Sozialdemokraten nicht länger hinnehmen. Insbesondere die Aufsichtsräte, die über die Managergehälter entscheiden, müssen mehr Sensibilität und Verantwortungsbewusstsein entwickeln. Dies wollen wir durch Änderungen des Aktien- und des Steuerrechts unterstützen.

- Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Managergehältern und -abfindungen als Betriebsausgaben sollen künftig auf eine Größenordnung von 1 Mio. Euro plus 50 % des darüber hinausgehenden Betrags begrenzt werden – so verhindern wir, dass unverhältnismäßig hohe Managergehälter auch noch mit Steuergeldern subventioniert werden.
- Managergehälter und Zusatzleistungen wie Altersversorgung oder Aktienoptionen sollen für die Öffentlichkeit noch transparenter werden.
- Gesetzliche Kriterien für die Angemessenheit von Managergehältern sollen so ergänzt werden, dass diese nicht nur an kurzfristigen Gewinninteressen ausgerichtet sind.
- Aufsichtsräte sollen künftig die Entscheidung über die Managergehälter nicht mehr an Ausschüsse delegieren können. Zudem soll ihre persönliche Haftung bei Mißachtung des Angemessenheitsgebots ausdrücklich im Gesetz betont werden.

**Unser Weg zu mehr Gerechtigkeit in Deutschland:
Mindestlöhne – Mitarbeiterbeteiligung – angemessene Managergehälter!**

Weitere Informationen: www.spd.de